



von Helmut Markwort

Der Kandidaten-Poker in der CDU muss demokratischen Regeln folgen

Dienstag

Bei der CDU/CSU wird eine öffentliche Entmündigung ihrer Parlamentarier vorbereitet. Die derzeit 246 Abgeordneten im Bundestag müssen den Medien und wohl auch eingeweihten Parteizirkeln entnehmen, wen sie demnächst zu ihrem Vorsitzenden wählen sollen. Dieser Plan ist zutiefst undemokratisch und missachtet das verfassungsmäßig garantierte Recht der frei gewählten Abgeordneten.

Dass offen über eine so weitreichende Kungelei diskutiert wird, hat mit der Führungssuche der Union zu tun. Die vier Anwärter Friedrich Merz, Armin Laschet, Jens Spahn und Norbert Röttgen, zufällig alle aus Nordrhein-Westfalen, wollen oder sollen sich möglichst partnerschaftlich arrangieren. Diese Haltung ist verständlich. Offen ausgetragener Streit wäre schädlich. Wie peinlich eine Casting-Tournee enden kann, hat die SPD gerade vorgeführt. Also scheint es vernünftig, dass erwachsene Männer sich zusammensetzen, ob moderiert von der Noch-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer oder unter vier oder sechs Augen.



Undemokratischer Plan Die CDU-Kandidaten Laschet und Spahn wollen sich arrangieren

Erkennbar ist, dass die Entscheidung zwischen Merz und Laschet fällt. Wenn der vorsichtige Laschet zu der Überzeugung gelangt, ein bundesweites Engagement werde sein Amt als Ministerpräsident nicht beschädigen, wird der beliebte, aber ämterlose Merz ihn nicht aufhalten können. Da aber Laschet auch die Merz-Anhänger einbinden möchte, könnte er dem wirtschaftskundigen Rivalen ein wichtiges Amt in Aussicht stellen: „Falls ich Kanzler werde, biete ich dir ein Superministerium für Finanzen und Wirtschaft an.“ Ein solches Arrangement ist vertretbar.

Undemokratisch ist die für den dritten Anwärter gedachte Lösung. Um auch Jens Spahn, den Kandidaten junger Gruppen, einzubinden, könnte der, so lautet die öffentliche Spekulation, mit dem Posten des Fraktionsvorsitzenden beruhigt werden.

Ohne Zweifel ist dieses Amt wichtig und machtvoll, aber darüber können nicht Kungler in Düsseldorf entscheiden.

Die größte Fraktion im Deutschen Bundestag, derzeit 200 Abgeordnete der CDU und 46 von der CSU, will ihren Chef selbst wählen. Der ferngelenkte Spahn kann sich selbstverständlich bewerben, aber die 246 haben das Recht, auch andere Kandidaten vorzuschlagen.

Wie unabhängig und überraschend die Fraktion agieren kann, bewies sie im September 2018. Zur allgemeinen Verblüffung stürzte sie ihren langjährigen und verdienstvollen Vorsitzenden Volker Kauder. Eines der Motive für die Abwahl war seine Nähe zur Vorsitzenden und Kanzlerin Merkel. Mit einer solchen Hypothek sollten die neuen Chefs ihren Favoriten Spahn nicht belasten.



Gegensätze Erfolgsjurist Friedrich Merz und der ewige Student Kevin Kühnert

Mittwoch

Krasser könnte der Gegensatz nicht sein: Kevin Kühnert spottet öffentlich über Friedrich Merz. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende, der zwei verschiedene Studien nicht zu Ende gebracht hat, mokiert sich über den beruflich erfolgreichen Volljuristen, der in einer internationalen Anwaltskanzlei zu Ansehen und Geld gekommen ist.

Kühnert hat in einem Call-Center gejobbt und sammelte in Büros von Abgeordneten Erfahrung und Kenntnisse über politische Abläufe und das Durchsetzen von Interessen in Parteien.

In der Zeit hat Friedrich Merz die deutsche Wirtschaft kennengelernt. Die Firma BlackRock, aus deren Aufsichtsrat er Ende März ausscheiden wird, hält Beteiligungen an allen 30 Dax-Unternehmen. Ihr Geld dient der Altersvorsorge. Viele Pensionskassen und auch Kirchen vertrauen BlackRock Einlagen an. Dafür muss Merz sich verteidigen.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Fotos: dpa